

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 1

Artikel: Freiheitsentzug aus fürsorgerischen Gründen
Autor: Boehlen, Marie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freiheitsentziehung aus fürsorgerischen Gründen

Um was geht es da?

Am 17. August 1977 hat der Bundesrat eine Botschaft über die «Fürsorgerische Freiheitsentziehung» an die Bundesversammlung gerichtet. Der Ständerat hat die Vorlage in zustimmendem Sinn bereits behandelt; der Nationalrat wird noch dazu Stellung nehmen müssen. Es ist eine Vorlage, die eine Randgruppe unserer Gesellschaft gegenüber behördlichem Missgriff besser schützen soll, nämlich diejenigen, die aus fürsorgerischen (nicht strafrechtlichen) Gründen in ein Heim oder in eine Anstalt versorgt werden. Ein solcher Freiheitsentzug war bisher in der Schweiz vom rechtsstaatlichen Standpunkt aus unbefriedigend geregelt. So konnte ein entmündigter Erwachsener «nötigenfalls» in einer Anstalt untergebracht (Art. 406 ZGB) werden. Was ist schon «nötigenfalls»? Da ist zum Beispiel vor nicht langer Zeit im Kanton Bern eine rechtschaffene, zuckerkranke Putzfrau, die allein dastand, nach einer notfallmässigen Spitäleinweisung anschliessend von der Gemeindebehörde kurzerhand in ein Altersheim verbracht und entmündigt worden; ihre Habseligkeiten und ihre IV-Rente wurden von der Gemeinde eingezogen.

Jedermann wird zugeben müssen, dass ein solches Vorgehen die persönliche Freiheit als ungeschriebenes und unverzichtbares Grundrecht jedes Menschen krass verletzt.

Für Kinder hat das neue Kindesrecht die Voraussetzungen zu einer Heimeinweisung nun konkreter umschrieben. Es heisst in Art. 310 Abs. 1 ZGB, dass ein Kind, dessen Gefährdung nicht anders begegnet werden kann, den Eltern wegzunehmen und in angemessener Weise anderswo unterzubringen ist. Was aber, wenn ein Kind, wie noch nicht lange geschehen, wegen seiner Schwerhörigkeit in der Schule «auf der Seite gelassen» und deshalb zum Störefried wird, von der örtlich zuständigen Behörde, unter Mitteilung an die Eltern, aus der Schule abgeholt und in ein Heim verbracht wird? War da wirklich nicht anders zu helfen?

Gewiss konnte man sich schon bisher gegen eine solche Massnahme zur Wehr setzen und sich bei einer vorgesetzten Verwaltungsbehörde, vielfach in zweiter Instanz noch beim Regierungsrat beschweren. Erfolg hatte eine solche Beschwerde selten. Verwaltungsbehörden neigen begreiflicherweise dazu, nicht «ohne Not» in die Gemeindeautonomie einzugreifen. Da kommt die «Not des einzelnen Menschen» allzuleicht in zweiter Linie in Betracht.

Schliesslich, und das war das Unbefriedigendste, hatten die Kantone (mit zwei Ausnahmen) ein Gesetz über die sogenannte «administrative Versorgung». Danach konnten vor allem Trinker, Geisteskranke und Geistes schwache sowie Verwahrloste, Arbeitsscheue und Armengenössige in einer

Anstalt versorgt werden. Diese Versorgungsgründe waren häufig wenig präzis umschrieben.

Es sind von Kanton zu Kanton verschiedene Verwaltungsbehörden zuständig, solche Versorgungen anzuordnen. Die administrativen Versorgungsgesetze überlappen vielfach mit den zitierten Bestimmungen des ZGB. Zuständig zur Überprüfung solcher Versorgungsentscheide ist in den meisten Kantonen ebenfalls die Kantonsregierung. Man kann sich leicht vorstellen, wie sich ein Regierungsgremium von 5 bis 9 Mann mit solchen Fällen befasst. Die haben wirklich anderes zu tun.

Der Menschenrechtskonvention nicht entsprechend

Im Rahmen der Revision des gesamten Familienrechts soll auch das Vormundschaftsrecht neu gefasst werden, aber das kann noch Jahre dauern. Im Hinblick auf die rechtsstaatlich bedenkliche Situation beim fürsorgerischen Freiheitsentzug schlägt der Bundesrat nun vor, diese Massnahme im Abschnitt über die Vormundschaft vorweg zu revidieren. Wir stehen nämlich in dieser Beziehung schlecht da unter den westeuropäischen Ländern. Bei der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention am 28. November 1974 musste die Schweiz im Hinblick auf die fürsorgerische Freiheitsentziehung einen Vorbehalt anbringen, weil unsere Ordnung den Forderungen der EMRK nicht entsprach. Gewiss kein Ruhmesblatt, und darum will der Bundesrat nun diesem Zustand ein Ende bereiten.

Die wichtigsten Neuerungen des Entwurfs

Der erste Artikel legt in einer für die ganze Schweiz verbindlichen Weise die Gründe fest, aus denen ein Erwachsener aus fürsorgerischen Gründen in einer geeigneten Anstalt untergebracht oder zurückbehalten werden kann. Es sind dies Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Suchterkrankung oder völlige Verwahrlosung, sofern die nötige persönliche Fürsorge nicht anders möglich ist. Arbeitsscheu als alleiniger Einweisungsgrund ist nicht aufgenommen worden, weil er problematisch ist und leicht zu rechtsungleicher Behandlung, namentlich zwischen finanziell Schwachen und Starken führen kann. Es wird zudem ausdrücklich festgehalten, dass die eingewiesene Person zu entlassen ist, sobald ihr Zustand es erlaubt.

Die administrative Versorgung nach kantonalem Recht hat neben dieser bundesrechtlichen Ordnung nicht mehr Platz und fällt dahin.

Für die Heimeinweisung von Kindern gilt der schon zitierte neue Art. 310 Abs. 1 ZGB.

Zuständig für die Anstaltseinweisung oder Entlassung soll eine vormundschaftliche Behörde am Wohnsitz oder ausnahmsweise am Aufenthaltsort der zu versorgenden Person sein.

Damit entfällt die Zuständigkeit von Polizeibehörden, die in gewissen Kantonen für die administrative Versorgung zuständig waren. Das ist

richtig und zubegrüssen. Und Strafanstalten sind keine «geeigneten» Anstalten mehr für fürsorgerisch Versorgte, wozu die Frauenanstalt Hindelbank bisher für die ganze Schweiz diente!

Einschaltung des Richters

Eine entscheidende Neuerung besteht darin (von der EMRK gefordert), dass künftig die betroffene oder eine ihr nahestehende Person gegenüber dem vormundschaftlichen Entscheid den Richter anrufen kann, wobei die Kantone den oder die zuständigen Richter zu bezeichnen haben. Neu ist auch, dass die Berufung an das Bundesgericht möglich sein wird. Das rechtfertigt sich voll und ganz bei einem so schweren Eingriff in die persönliche Freiheit. Der Richter soll den Entscheid uneingeschränkt überprüfen können.

Um die tatsächliche Verwirklichung der materiellen (oben erwähnten) Bestimmungen sicherzustellen, sind im Gesetzesentwurf die unentbehrlichen rechtsstaatlichen Verfahrensvorschriften für die Kantone verbindlich vorgeschrieben. So ist unter anderem die betroffene Person über die Gründe der Anordnung zu unterrichten (was bislang öfters in unzureichender Weise geschah) und sie muss schriftlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie den Richter anrufen kann. Über psychisch Kranke darf nur unter Bezug von Sachverständigen (Arzt, Psychiater) entschieden werden. Der Richter wird verpflichtet, die betroffene Person mündlich einzuvernehmen (bezeichnend, dass dies gesagt werden muss), ihr wenn nötig einen Rechtsbeistand zu geben und in einem einfachen und raschen Verfahren zu entscheiden. Unsere Justiz mahlt ja allzu häufig ausgesprochen langsam!

Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden, dann verfügen wir über einen rechtsstaatlich und menschlich angemessenen fürsorgerischen Freiheitsentzug mit den gebotenen Rechtsschutzgarantien. Allerdings genügt auch ein gutes Gesetz für sich allein in der Praxis noch nicht. Kleine Gemeinden sind in solchen Fällen mangels Erfahrung und ungenügender Rechtskenntnisse oftmals überfordert. Und die zu Versorgenden sind vielfach so unbeholfen, dass sie sich nicht zu wehren verstehen und wagen, sich an den Richter zu wenden.

Wir werden daher noch viel aufzuklären haben, wachsam sein und Unbeholfenen – das sind im besonderen Masse Frauen – beistehen müssen.